

Antrag

der Abg. Dr. Boris Weirauch u. a. SPD

und

Stellungnahme

**des Ministeriums für Inneres,
Digitalisierung und Migration**

Überfall in Mannheim

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. welche Erkenntnisse ihr, den Polizeibehörden, den Justizbehörden und dem Landesamt für Verfassungsschutz zu dem rechtsextremistischen Überfall auf die Eröffnung des „Ewwe longt's – Linkes Zentrum Mannheim“ („Überfall“) vorliegen;
2. ob an dem Überfall Personen beteiligt waren, die der sogenannten „Identitären Bewegung“, der sogenannten „Jungen Alternative“ oder der AfD zuzurechnen sind;
3. inwieweit der Überfall dem Muster bisher bekannt gewordener Straftaten der sogenannten „Identitären Bewegung“ entspricht und welche Rückschlüsse sich aus dem Überfall hinsichtlich der Radikalisierung der in Ziffer 2 genannten Gruppierungen und Organisationen ziehen lassen;
4. welche Erkenntnisse ihr zur Vernetzung der in Ziffer 2 genannten Gruppierungen und Organisationen untereinander und mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen im Rhein-Neckar-Raum vorliegen;
5. welche Erkenntnisse ihr zu Aktivitäten der sogenannten „Identitären Bewegung“ und der sogenannten „Jungen Alternative“ in Mannheim, Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis in 2018 vorliegen;

6. inwiefern sie die Präventionskonzepte des Landes mit Blick auf die sogenannte „Identitäre Bewegung“ und die sogenannte „Junge Alternative“ angepasst hat und anzupassen plant.

28. 01. 2019

Dr. Weirauch, Binder, Gall,
Weber, Dr. Fulst-Blei SPD

Begründung

Am 19. Januar 2019 kam es zu einem Überfall auf die Eröffnungsfeier des „Ewwe longt's – Linkes Zentrum Mannheim“. Nach Medienberichten waren an dem Überfall Mitglieder der sogenannten „Identitären Bewegung“ und der „Jungen Alternative“ beteiligt. Offenbar ist es zwischen diesen Gruppierungen zu einer weiteren Vernetzung und zu einer weiteren Radikalisierung gekommen. Die Antragsteller möchten in Erfahrung bringen, welche Maßnahmen die Landesregierung hiergegen unternimmt.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 21. Februar 2019 Nr. 4-0141.5/16/5594/ nimmt das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und für Europa und dem Ministerium für Soziales und Integration zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. welche Erkenntnisse ihr, den Polizeibehörden, den Justizbehörden und dem Landesamt für Verfassungsschutz zu dem rechtsextremistischen Überfall auf die Eröffnung des „Ewwe longt's – Linkes Zentrum Mannheim“ („Überfall“) vorliegen;*

Zu 1.:

Am 19. Januar 2019 fand in Mannheim die Eröffnungsveranstaltung eines neuen „Linken Zentrums“ namens „Ewwe longt's – Linkes Zentrum Mannheim“ statt.

Die Veranstaltung wurde nach Erkenntnissen des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) unter anderem von der gewaltorientierten linksextremistischen Szene in Mannheim initiiert. Neben nichtextremistischen Personen des bürgerlichen Spektrums nahmen auch Linksextremisten aus Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe und Stuttgart an der Eröffnungsfeier teil, deren Teilnehmeranzahl nach derzeitigem Kenntnisstand insgesamt im unteren bis mittleren dreistelligen Bereich lag.

Zu Beginn der Eröffnungsfeier fand sich vor dem Zentrum eine Gruppe von mehreren Personen ein, welche die Veranstaltung störte. In der Folge kam es mit den Teilnehmern der Einweihungsfeier zu körperlichen Auseinandersetzungen, bei denen u. a. ein Besucher des linken Zentrums durch Pfefferspray verletzt und ein bengalisches Feuer gezündet wurde.

Zur Klärung und Aufarbeitung des Vorfalls richtete das Polizeipräsidium Mannheim eine Ermittlungsgruppe ein, die unter anderem wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung und des Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz ermittelt. Nach derzeitigem Kenntnisstand sind von den bislang 14 Beschuldigten elf dem rechten Spektrum und drei Personen dem Umfeld des linken Zentrums „Ewwe Longt's“ zuzuordnen.

- 2. ob an dem Überfall Personen beteiligt waren, die der sogenannten „Identitären Bewegung“, der sogenannten „Jungen Alternative“ oder der AfD zuzurechnen sind;*

Zu 2.:

Der mutmaßliche Hauptinitiator der Aktion vom 19. Januar 2019 ist Beisitzer im Landesvorstand der „Jungen Alternative Baden-Württemberg“ (JA). Ein weiterer Beteiligter, der im Verfahren als Zeuge vernommen wurde, ist ebenfalls Mitglied der JA. Des Weiteren liegen Hinweise zu vier Beteiligten vor, die Bezüge zur „Identitären Bewegung“ (IB) aufweisen. Darüber hinaus liegen keine weiteren Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

- 3. inwieweit der Überfall dem Muster bisher bekannt gewordener Straftaten der sogenannten „Identitären Bewegung“ entspricht und welche Rückschlüsse sich aus dem Überfall hinsichtlich der Radikalisierung der in Ziffer 2 genannten Gruppierungen und Organisationen ziehen lassen;*

Zu 3.:

Nach Kenntnis der Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg erfolgen die Aktivitäten der IB in der Regel nach dem Grundsatz der Gewaltfreiheit und manifestieren sich in der Durchführung öffentlichkeits- und medienwirksamer Aktionen, mit denen die IB nach ihrer Vorstellung den gesellschaftlichen Diskurs hin zu einem ethnischen („identitären“) Verständnis der Zugehörigkeit zu Deutschland beeinflussen möchte.

Die in Rede stehende Aktion scheint nicht dem „Aktionsverständnis“ der IB zu entsprechen, da in zurückliegenden Fällen keine körperlichen Auseinandersetzungen festzustellen waren. Da die Ereignisse vom 19. Januar 2019 jedoch Gegenstand eines laufenden Ermittlungsverfahrens sind, ist eine abschließende Bewertung derzeit nicht möglich und es können insoweit gegenwärtig auch noch keine tragfähigen Rückschlüsse im Hinblick auf etwaige Radikalisierungen der in Ziffer 2 genannten Gruppen gezogen werden.

- 4. welche Erkenntnisse ihr zur Vernetzung der in Ziffer 2 genannten Gruppierungen und Organisationen untereinander und mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen im Rhein-Neckar-Raum vorliegen;*

Zu 4.:

In Baden-Württemberg bestehen Bezüge zwischen der JA und der IB. Insbesondere gibt es personelle Überschneidungen zwischen den beiden Organisationen.

- 5. welche Erkenntnisse ihr zu Aktivitäten der sogenannten „Identitären Bewegung“ und der sogenannten „Jungen Alternative“ in Mannheim, Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis in 2018 vorliegen;*

Zu 5.:

Im Jahr 2018 wurden in Mannheim, Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis insgesamt 46 Aktivitäten der IB polizeilich bekannt. Überwiegend handelte es sich hierbei um sogenannte Plakatier- oder Banneraktionen auf öffentlichen Wegen und Plätzen. Weitere Aktionen stellten beispielsweise das Aufstellen von Pappschil dern, das Anbringen von Graffiti mit Sprühkreide und Kranzniederlegungen am Volkstrauertag dar. Insgesamt wurden im Zusammenhang mit den Aktivitäten in neun Fällen Strafanzeigen an die zuständige Staatsanwaltschaft wegen Verdachts der Volksverhetzung, der verfassungsfeindlichen Verunglimpfung von Verfassungsorganen, der Sachbeschädigung und des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz vorgelegt.

In Bezug auf die IB wird im Übrigen auf die Antwort zu Frage 2 des Antrags der Abgeordneten Alexander Maier u. a. GRÜNE zur „Identitären Bewegung“ in Baden-Württemberg“ (Landtagsdrucksache 16/4879) verwiesen.

Die JA ist mit dem Kreisverband „Junge Alternative Kurpfalz“ in der Region vertreten. Vor dem Hintergrund, dass die JA erst im November 2018 durch das LfV zum Beobachtungsobjekt erhoben wurde, liegen zu möglichen weiteren Aktivitäten derzeit keine belastbaren Erkenntnisse vor.

6. inwiefern sie die Präventionskonzepte des Landes mit Blick auf die sogenannte „Identitäre Bewegung“ und die sogenannte „Junge Alternative“ angepasst hat und anzupassen plant.

Zu 6.:

Das LfV bietet im Rahmen seiner Präventionstätigkeit allgemeine Informationsveranstaltungen zum Themenfeld Rechtsextremismus an. Dabei werden unter anderem die unterschiedlichen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sowie Kennzeichen und Symbole, Anwerbestrategien und Agitation relevanter rechtsextremistischer Organisationen thematisiert. In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) hat das LfV beispielsweise im Januar 2019 eine Fachtagung zum Thema „Mit uns oder gegen uns! Umgang mit demokratiefeindlichen Heimat- und Identitätskonstruktionen“ durchgeführt, im Rahmen derer auch Strategien und ideologische Grundlagen der IB behandelt wurden.

Das „Team meX. Mit Zivilcourage gegen Extremismus“ bei der LpB bietet Vorträge und Fortbildungen zur Information über und Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus an, in denen aktuelle Entwicklungen im Phänomenbereich auch mit Blick auf die IB und die JA berücksichtigt werden. Speziell zur IB kann seit 2017 ein eigener Vortrag für Fachkräfte angeboten werden.

Die IB ist Gegenstand von Fortbildungsveranstaltungen im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus des Demokratiezentrum Baden-Württemberg. Dort wird sie als Gruppierung aus dem Spektrum der sogenannten „Neuen Rechten“ mit ihrem Hintergrund und den von ihr eingesetzten Werbestrategien thematisiert. Derzeit ist beim Demokratiezentrum Baden-Württemberg ein Informationsflyer zur IB in Arbeit, ebenso ein Vortrag zur sogenannten „Neuen Rechten“.

Darüber hinaus bietet das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus mit seinen Fachstellen „mobirex“ und „kompetent vor Ort“ Beratung für all diejenigen Personen an, die mit Aktivitäten der IB und der JA konfrontiert sind. Ferner wird das von der Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg koordinierte Netzwerk für Demokratie und Courage das Auftreten und die Strategien der IB im Rahmen eines Projekttags thematisieren.

Im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) werden im Rahmen der Präventionsaktivitäten der Polizei Baden-Württemberg auch Erkennungsmerkmale berücksichtigt, die auf phänomenspezifische Radikalisierungen hindeuten. Dabei wird die Aufnahme neuer Phänomene in die entsprechenden Präventionskonzepte fortlaufend überprüft. So beinhalten aktuell die polizeilichen Präventionsprojekte im Phänomenbereich der PMK -rechts- auch Erkennungsmerkmale der „Identitären Bewegung Deutschlands“.

In Vertretung

Württemberg
Staatssekretär